

Ersteinst möglich
nachmitt. mit Ausnahme
bei Sonn- und Feiertagen.

Abonnementpreise
monatlich 60 Pf.
vierteljährlich 1.80 Mk.
halbjährlich 3.00 Mk.
jährlich 5.40 Mk.
Einsparung: frei im Haus.
Durch die Post bezogen
1.00 Mk. mehr. Zahlungsfr.
1. d. Monats.

Die Neue Welt
(Unterhaltungsbeilage),
durch die Post nicht bezogen,
kann monatlich 10 Pf.,
vierteljährlich 30 Pf.,
halbjährlich 50 Pf.,
jährlich 90 Pf. bezogen werden.

Telephon Nr. 1047.
Einsparung-Adresse:
Postfach Halle a. S. 7.

Die Neue Welt

Sozialdemokratisches Organ

Interessentengeld
betragt für die Neuzeit
beständig über jeden Monat
für die Neue Welt bis zum
1. d. Monats. Bei Abnahme
vierteljährlich 1.80 Mk.
halbjährlich 3.00 Mk.
jährlich 5.40 Mk.
Einsparung: frei im Haus.
Durch die Post bezogen
1.00 Mk. mehr. Zahlungsfr.
1. d. Monats.

Inserate
für die Neue Welt
werden für die Neue Welt
monatlich 10 Pf. in der
Erstausgabe aufgezogen.
Einsparung in die
Postfach Halle a. S. 7.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Merseburg, Delitzsch-Bitterfeld,
Naumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Schulminister und Schule.

Der Vorwärts schreibt:
Berateten und verurteilt ist die Volksschule in Preußen, so lange das Dreiklassenmaßrecht die Volkstretter ausmacht. Das hat mit aller nur möglichen Deutlichkeit wiederum der Verlauf der letzten Kultusdebatten bewiesen. Neben dem lächerlichen Trostmaßfrieren um die „akademische Freiheit“ wurde auch ein wenig über die Volksschule debattiert und zwar hauptsächlich um die Fragen des Schulkomplexes und der Schulaufsicht. Das sind gewiß zwei zeitgemäße Angelegenheiten. Erörtert wurden sie aber in einer Weise, die nicht an das zwanzigste Jahrhundert gemahnt, sondern die sogar noch für die zweite Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts zu rüchlich gewesen wäre.

Der Kultusminister Stubi hat mag ein brauchbarer Verwaltungs-Beamtet im Sinne der preußischen Bureaucratie sein. Wir wissen das nicht, halten es aber für möglich. Das aber wissen wir genau, das Herr Stubi das Wesen der Volksschule, wie überhaupt die Erziehung ein Buch mit sieben Siegeln ist. Sicherlich sagen wir ihm damit gar nichts Neues. Er wird sich über seine nachmittägliche Unzulänglichkeit zweifellos selbst völlig klar sein. Aber „das geniert mich nicht“, wird er denken. Darauf kommt es in Preußen, zumal wenn es sich um eine so gleichgültige Sache wie die Volksschule handelt, gewiß wenig an. Wenn man nur ein laubläufiger juristischer Verwaltungsbeamter ist, so läßt man sich gestört an die Spitze aller Spezial-Verwaltungen stellen.

Wohl in Preußen immer nach diesem Grundsatze verfahren worden ist — ein Grundsatze, der im Wesen des preußischen Jammers und Beamtentums begründet ist — darum steht es auch um das offizielle geistige Leben in Preußen so erbärmlich aus, darum ist nirgends von einem Fortschritt die Rede, darum geht es mit der preußischen Volksschule immer mehr bergab. Nur einmal, vor nun bald hundert Jahren, haben wir in der obersten Leitung des preußischen Schulwesens Männer, die etwas von der Sache verstanden, das waren die Säulen, Nicolaus, Humboldt, Schellermaier. Aber nachdem sich der erste Schreck über die napoleonische Unterdrückung des preußischen Schulentums gelegt hatte, wurden auch die paar Fortschrittler in der Leitung der preußischen Volksschule zusammen mit den Fortschrittler in den anderen Zweigen der preußischen Verwaltung schleunigst abgefahren. Seitdem herrschten in preußischen Kultusministerien gleichgültige Bureaucraten, unfähige Ignoranten oder ganz ausnahmsweise einmal etwas bloß-liberal aufgeputzte Männer, die wenigstens den Wünschen zu erweiden suchten, als hätten sie Liebe und Verständnis für die Volksschule. Aber bei näherem Zusehen war diese Liebe

und dieses Verständnis dünner Strich, der die bloße Unmündigkeit über das Wesen und die Bedeutung der allgemeinen, gleichen und freien Volksschule büßig verdeckte.

Die unglückliche Verhandlungssituation des gegenwärtigen Kultusministers für die Zwecke der Volksschule geht besonders deutlich aus seinem nach-trüben-entworfenen Entwurf der Königsberger Beschlüsse der deutschen Lehrerschaft zur Frage der Schulaufsicht hervor. Was die Lehrer in Königsberg gesagt haben, das ist nach Herrn Stubi „alles falsch“. Was verstehen auch die Lehrer von der Sache? Wenn es nicht wäre, wie in Königsberg gesagt worden ist, daß die geistliche Schulaufsicht den Lehrer zu einem Handlanger herabwürdiget und daß darin eine Nichtachtung der Lehrer liegt, dann — so sagte Herr Stubi wörtlich — „kannnen wir es ausgehen, uns um die angemessene Ausgestaltung unseres Schulwesens zu kümmern“. Es wäre in der Tat das Beste, wenn Leute, die so wenig von der Volksschule wissen und verstehen, wie der Kultusminister und seine Hintermänner und Helfeshelfer, ihre Finger davon lassen wollten!

Aber der Kultusminister war nicht die einzige unfreundliche Erscheinung im preußischen Landtage während der Debatten um die Volksschule. Auch nicht allein seine reaktionären Helfer aus den konservativen Parteien und dem Zentrum. Selbst die liberalen Elemente spielten wie stets eine tragische Rolle in den Kämpfen. In Ostpreußen und Preußen antworteten sie mit der Meise der „restriktiven Aufhebung“, daß sie die Ostpreußen und Preußen eigentlich gar nicht verbieten hätten. Natürlich bewirkte solche Argumente bei den Davatio v. Zedlitz, Jzmer und Vorlich nur gesteigerten Liebermut. Und ebenso bei der Regierung. Wie oft hat man angeführt die laienhafte Haltung der Liberalen im Landtage den brennenden Wunsch: Wenn jetzt ein Sozialdemokrat mit der göttlichen Reichslosigkeit, die sich nur unsere Partei gehalten darf, in diese reaktionäre Gesellschaft hineinrettern könnte! Wie würde das die Luft reinigen!

Einer der liberalen Schulpolitikler, Lehrer Wolgast, Abgeordneter für Piel, glaubte sogar einen Haupttrumpf damit auszuspielen zu können, daß er sagte: „Die Kirche ist nicht die Mutter der Schule, die preußische Volksschule ist ein Werk der preußischen Könige.“ Worauf der Kultusminister von seinem Standpunkt aus nicht über zu erwidern wußte: „Es ist richtig, daß die preußischen Könige die Volksschule geschaffen haben, aber sie haben immer eine enge Verbindung zwischen Schule und Kirche als sehr wesentlich vorausgesetzt.“ Herr Wolgast hatte mit seinem zweiten Satz nicht recht und Herr Stubi nicht mit seinem ersten. Die preußischen Könige sind an der Entstehung der Volksschule ebenso unschuldig wie Herr Stubi oder Herr Wolgast. So lange sich die Bureaucraten durch ihren patriotischen Gefühlskultus losgerissen können, dürfen sie sich nicht wundern, wenn ihnen damit gelegentlich

half von links, halb von rechts um die Ohren geflogen wird.

Was während der Debatte über das Schulkomplex mitgeteilt worden ist, hat keine große Bedeutung. Der Kultusminister behauptete die schon vor längerer Zeit durch die Presse gegangene, auch von uns kommentierte Ansicht, daß die Schulabteilungen der preußischen Provinzen im nächsten Herbst zur Verhandlung kommen soll. Man scheint also doch noch auf verschiedene Schwierigkeiten gestoßen zu sein, die man im Laufe des Sommers zu beseitigen hofft. Es ist nicht die Stellung der National-liberalen in der Debatte. Sie, die sich eine Ermangung von Vorparlamenten für konservative und liberale Herzenswünsche hatten mitbringen lassen, mußten sich jetzt von beiden Seiten auslachen lassen. Sie fanden da wie begossene Pudel. Wenn Herr Hadenberg im Gegenlatz zu v. Zedlitz die Gegner des Schulkomplexes in Schutz nahm, so ist das bei der starken jungliberalen Opposition in seiner Partei wohl begreiflich.

Vom Dreiklassen-Parlament ist keine Rettung der preußischen Volksschule zu erwarten. Aber wir können nicht die Hände in den Schoß legen, bis das Dreiklassenmaßrecht für den preußischen Landtag gestellt ist. Wir müssen deshalb die aufrechter Laitsche des preußischen Schulwesens so oft als möglich in das Licht der öffentlichen Kritik hinarufen. Es dürfen aber auch die Einigungen des letzten Deutschen und des preußischen Reichstages nicht verkannt werden. Es gilt, mit Nachdruck dafür zu wirken, daß die Regelung der deutschen Schul-Angelegenheiten durch ein Reichs-Schulgesetz erfolgt. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob im preußischen Landtage oder im Reichstage über die Volksschule verhandelt wird. Es ist richtig, die preußische Schulaufsicht, aber auch den Schulmann der anderen Bundesstaaten, in immer größerem Maße vor dem Reichstage zu verhandeln.

Die Lage in Russland.

Die Volkzeitung berichtet häufiger aus uns wird erst jetzt bekannt. Es werden in Petersburg Proklamationen verbreitet folgenden Inhalts:

„Wir Studenten fordern die Arbeiter auf, uns zu folgen; wir haben von den Japanern 18 Millionen erhalten, um die Regierung zu kürzen.“

Diese Proklamation wurde von Geheimpolizisten verbreitet; sie war auch von dieser Polizeibehörde verfaßt worden, um die Arbeiter gegen die Studenten einzunehmen. Über der Zeit gelang nicht mehr. So um jeden Gläubigen ist die Regierung und ihre Polizei kein Volk gekommen. Die Arbeiter sind nun politischen Denken erwacht, und der Prozeß des Reichsverfalls

43) (Nachdruck verboten.)

Das Vergessen?

Elisabeth-Beiträge 1877-1900.

Roman von Theodor Zahn und Louis Forest
Deutsch von Eugane Dreutagim-Romane.

„Man muß glauben“, fuhr Stodmann fort, „daß die Preußen nicht die Welt, man sie so handeln sieht, wie sie es tun.“ Sie erklärten, daß sie uns germanisieren wollen, und eine ihrer Eruibungen entzündete uns ihnen! Wahrscheinlich, wir können das berühmte Wort der Nachtlicht auf sie beziehen: „Brecht ihnen, wenn sie wollen, daß sie uns nicht verstehen, das sie uns durch Gewalt, durch rote Kraft mit sich verbinden! Die weisen sie dadurch nicht, daß sie uns nicht verstehen, daß sie uns vollständig dem Körper und Geist nach, in Herz und Sinn fremd sind, daß sie uns im Innern weniger gleichen, als einer unserer Bauern äußerlich einem Deutschen aus Afrika ähnlich sieht.“ Erzeugt man denn in Deutschland nur Verachtung durch Vertrauen und die Dankbarkeit? Gibt es denn überall nur Hunde in diesen Ländern deutscher Junge, da der Herrscher und seine Minister sich einzubilden scheinen, daß auch wir die Hände festem werden. Die uns zwingen, die Meiner Herzen, ich bin für einige und annehmende Opposition, für eine unvollständige Gegenwehr bis in das Kleinste. Wenn ich übergehe bin, daß wir rüchlichlos werden und handeln müssen, so ist es, um den Begehr mehr und mehr aufzureizen, und ihn in seinem Wahne liegen zu lassen.

In jeder Hinsicht werden wir Nutzen daraus ziehen. Wir werden den Vorteil davon haben, daß wir das an-dauernde Mittel unserer französischen Verbündeten werden. Je mehr wir leiden, desto mehr werden die Franzosen mit uns leiden, desto höher bleibt uns ihr Herz.

Wir werden den Gewinn davon tragen, daß wir der Welt eine Mission entziehen, daß wir ihr zeigen, wie weit die amale baurische Kultur es gebracht, von der man in Berlin so viel Glosia spricht. Wenn man erfährt, daß eine solche Aufgabe und verständliche Bewunderung wie eine Sordre Milder befehligt wird, so muß man einwilligen, daß die Ritterschlag zu betreiben hat. Wir werden einer hohen Zivilisation die gerechte Betrachtung auf teil werden lassen, wir werden beweisen, daß seit der mittelalterlichen Zeit der Ritterschlag in Deutschland nur gelernt hat, seine Darsätze in seine Verleumdungen zu verfeinern, seine Darsätze zu erziehen, um seine Gewalttaten zu verherrlichen, wir werden, wenn ich mich so aus-sprechend im Gange bleiben, wir werden, wenn ich mich so aus-

drücken darf, aus unserer Haltung eine moralische und patriotische Gesundheit geben, weil ich Gesamtzustand der Großen uns unabhängig von uns erinnern muß, was wir verloren haben, und weil unter daß durch das Juristenamt an das einseitige Bild verzeichnet wird.“

Trotz der Gefahr, daß es auf der Straße gehört werden könnte, wurde der letzte Satz von einem langandauernden Pflichten begleitet. Schon mehrfach war der Redner durch lebhaftes Zustimmungsgeschrei unterbrochen worden. Die Zuhörer wurden von der Begeisterung des Sprechenden entlammt.

Stodmann drückte in klaren, sicheren und bestimmten Worten aus, was jeder empfand. Durch den allgemeinen Enthusiasmus ausgezert, fuhr er fort:

„Wir brauchen also einen Abgeordneten, den man in Deutschland würdigt, der auch vor Schmeicheln nicht zurückfährt, welcher sich selbst absichtlich vernachlässigen und sich weigern wird, aus dem Hause zu gehen, um ein solches Wohl zu erreichen.“

Das Opfer schreit und wimmert heute, morgen wird es banten.

Ich muß hinzufügen, daß wir, die Weichen, die beglückten Bürger, in eine schwierige Lage kamen, wenn wir uns den es aus Hundert vor zu stellen, so es uns das Wohl, ein Schwere, sei es aus irgend einem Grund. Denn alsdann käme uns die Lehre der Opferfreudigkeit, das Beispiel der treuen Ergebenheit von unten, aus den niederen Ständen, und wir könnten nicht mehr, ohne zu erörtern, an unsere Verbündeten, an unsere Verbündeten nachzugeben. Vor einigen Monaten habe ich auf einflussreichen Boden erlebt, wie ein Bauer sich mit einem Schlag zwei Finger abhakte, um dem preußischen Militärdienst zu entgehen. Ein anderer hat seine alten Eltern verlassen, abgibt er ihre einzige Stütze war. Ohne ein Wort französisch zu können, hat der Unglückliche seine Sachen verkauft, um nach Frankreich zu gehen. Er wußte, daß ein gravierendes Gesetz ihm auf immer verbieten wird, in sein Heimatland zurückzukehren, seine Mutter wieder zu umarmen. Gerade heute, meine Herren, habe ich einen Brief erhalten. Er lautet: „Ich bin ein Mann, der sich nicht weigert, wenn wir Ihnen den besten, wie ich hoffe, wie ich hoffe, wenn wir den kleinen Leuten, den unteren Ständen, das Wohl der überlassen wollten, den Sieger zu bewundern, und die Folgen dieser Mißregierung zu tragen.“

Stodmann suchte in seiner Redeweise. Mit fieberhafter Hand zog er einen großen Brief, auf welchem eine rote, unregelmäßige Handchrift zu sehen war, aus seiner Brusttasche.

Dieser Brief ist an mich von zwei alten Bauernleser gerichtet worden, deren Sohn das Elend kurz vor dem Tage ver-

lassen hat, an dem er dem preußischen Militär sich hätte stellen müssen.“

„Nebst Herr Stodmann!“

Sie sind immer unter Aufsteher gemessen, und wie kommen, meine Frau und ich, um Ihnen noch einmal unsere Angelegenheiten zu erzählen. Unser Sohn Peter ist fast nach Frankreich. Der kaiserliche General hat ihm einen Brief und macht uns allerhand Scherereien. Wir haben ein kleines Brevier erhalten, das diese vernünftigen Preußen uns zugesandt haben. Lesen Sie es, Herr Stodmann, und antworten Sie uns, um uns zu erklären, wie wir uns am besten verhalten sollen. Wir werden Ihnen auch ein anderes Brevier, das uns vor einigen Monaten zugesandt wurde, das wir aber nicht beachtet haben. Unser Sohn konnte dem Aufzug keine Folge leisten, da er fort war. Diese Geiseltage ist uns recht wichtig, da Peter ein Feld besitzt, das uns 500 Franken wert ist. Die Preußen werden es einziehen, wenn Sie nicht ein Mittel finden, uns aus der Gefangenschaft zu befreien.“

„Gut“, fuhr Michel Stodmann fort, „dies beiden offiziellen Mitteilungen, die man diesen armen Leuten zugesandt hat:“

„Ladung.“

Der nachstehende Militärschlichte:

„Schilling, Franz Peter, letzter Aufenthaltsort bei seinen Eltern in Wüsteborn.“

Kliententat unbekannt, wird Schuldtat:

als Begehrpflichtiger in der Nacht, sich dem Eintritt in den Dienst des lebenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubnis entweder des Reichsgebietes verlassen, oder nach erreichen militärischen Alters sich außerhalb des Reichsgebietes aufzuhalten zu haben.

Vergehen gegen § 140, Abschnitt 1, Nr. 1 des Strafgesetzbuches.

Verurteilt wird auf den

17. November 1877, sonntags 10 Uhr, vor der Strafkammer des Landgerichts in Hagenau zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschiedenem Ausbleiben wird verurteilt auf Grund der nach § 472 der Strafprozedurordnung von dem Begehrkommando über die der Anklage zu Grunde liegenden Thaten ausgesprochenen Erklärung verurteilt werden.

Eine Einlegung der Strafkammer vom 1. November 1877, befristet nach § 140, § 325 und § 326 des Strafgesetzbuches, daß in Voraussetzungen einer Verurteilung, um die Beendigung der höchstzulässigen Strafe und die Einleitung der Verurteilung zu höherem Befehl gelassen wird auf alle Güter, die der Angeklagte auf deutschem Gebiete besitzen kann.“

Vertretung folgt.

geht im gesamten russischen Proletariat im schnellsten Tempo vorwärts.
Maxim Gorki ist immer noch nicht frei. Das Treppen-Gebäude hat die Radfahrer von Gorki befreit nur in die Welt gerufen, die Empörung zu beschleunigen. Gorki leidet an Schwindsucht; sein Zustand hat sich infolge der Einperrung, Hunger, Kälte und sonstiger Leiden verschlimmert.
Ein neues Verurteilungsdekret. Der Minister des Innern hat den Zeitungsruss, einem durchaus nationalgefühlten Blatt, das allerdings in den letzten Tagen einige sozialistische Artikel veröffentlicht hatte, die Erlaubnis des Einzelverkaufs entzogen.
In einer Adresse an den Zaren fordern viele Mitglieder der Moskauer Stadtverwaltung die Einberufung von Vertretern aller Gesellschaftsklassen. Auch mehrere Minister haben am Sonnabend beschlossen, den Erfolg einer Verlesung als das einzige Mittel, die Deutung wieder herzustellen, dem Zaren zu empfehlen. — Die Minister faden dem Sprecherfreiheit.
Die Arbeiterbewegung dauert an. Es sind weniger lang andauernde allgemeine Streiks als vielmehr ein Hin und Her zwischen Arbeitsaufnahme und Arbeitsentlassung, ein ewig verändernder Wechsel, eine neue und wie es scheint niemals ein Ende eines politisch-gewerkschaftlichen Kampfes. — In Preußen auch die Bergleute der Kohlengrube von Donfies; die Angehörten der Petersburg-Werkschauer haben wollen nun gleichfalls ausfindig werden. Auf den meisten politischen Bahnen ruht der Betrieb vollständig.
Ueber den Empfang der Arbeiterbewegung durch den Zaren kommt von dem letzten weitverbreiteten Zeitungsbericht. Die für die Delegation bestimmten Arbeiter wurden zunächst in Petersburg versammelt und dort von dem General-Gouverneur Trepow empfangen und einer Körperprüfung unterworfen. Es geschah dies, um festzustellen, ob etwa einer der Arbeiter eine Waffe bei sich führe. Nachdem im festgestellten worden war, daß kein Grund zur Befürchtung eines Attentats vorlag, wurden die Arbeiter desinifiziert und parfümiert. Dann wurden sie unter Aufsicht nach Jaroslaw-Siela gebracht. Bevor der Empfang erfolgte, inkultrierten Trepow die Arbeiter, in welcher Weise sie sich vor dem Zaren zu verhalten haben, und besah ihnen, zu dem Kaiser sein Wort zu sprechen. Desjenige, welcher etwa rede, in Worte nicht mehr lebend den Palast verließen. Dann wurden sie nach dem Empfangssaal geführt. Der Zar erschien nach wenigen Minuten, nach dem einem Schreibtisch eine Bankrolle und füllte dieselbe aus. Der Kaiser hatte jedoch eine falsche Rolle ergreifen, ging infolgedessen nach dem Schreibtisch zurück, und nachdem er das richtige Papier an sich genommen, begrüßte er die Arbeiter etwa wie folgt: „Gute Wünsche sind mir bereits bekannt gegeben worden. Meine Antwort darauf befindet sich auf diesem Papier, die wird Euch vorgelesen werden.“ Einen Augenblick blieb der Zar dann noch stehen, als ob er noch etwas sagen wollte, drehte sich dann plötzlich um, und der Empfang war beendet.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 27. Februar 1905.

Der Reichstag

begann am Sonnabend die Beratung des Marineetats. Die kommende Winterperiode war ihr Schatten in die allgemeine Debatte. Nichts Redner des Tages war Genosse Bebel, der das ununterbrochene und geradezu seltsame Treiben des Platonenworts gebührend kritisch vor einer Fortsetzung der unersesslichen Platonenpolitik dringend warnte. Staatssekretär v. Tirpitz hielt es für gut, vorerst eine Grenzlinie zwischen Marineetat und Fiktionsverein zu ziehen; daß man nicht allzu viel Vertrauen auf seine Behauptungserklärungen setzen darf, haben die Vorgänge früherer Jahre nur allzu deutlich bewiesen. Als Vorkämpfer des Fiktionsvereins traten die Abg. Graf Oriola, Herr von Kardoff, Dr. Arendt in die Schranken; wenn der erste sich noch einige Reserve auflegte, so ließ der zweite wohl früher in das Lagerhorn und der Abg. Arendt setzte seinen Stolz darin, zu beweisen, wie ungerade die Vorworte der Wasserfiktionspolitik sind, die Antisemitismus gegen seine Stammesgenossen erheben. Der Ten, in welchem der Silber- und Fiktionskrieg sprach, fand seinen der freimüthigen Abg. Dr. Müller-Sagan und Geisler gebührende Zurückweisung. Im übrigen zeigten die freimüthigen Redner eine gar zu beneidliche Neigung, sich nach keiner Richtung hin festzulassen, und des großen Effortiers Sohn, der Banddirektor Herr Wommgen jun., neigte sogar sehr stark zur Gegenseite hinüber. Eine ähnliche Stellung, wie die Redner der liberalen Linken, nahm Herr Gröber vom Zentrum ein; bei aller entschiedenen Verurteilung der Kapitulationsweise des Fiktionsvereins hielt er sich die Bewilligungspforte offen. In seiner zweiten Rede bedachte Bebel den bemerkenswerten, wenn auch nicht merkwürdigen Widerspruch, der zwischen der Platonenbegleitung der Wassergegisse und ihrer Abweisung gegen die Fiktionspolitik besteht. Der pommerische Junker v. Normann stellte im gewinnbringenden Rede den ungenutzten Fiktionsband der Agrarländer in Aussicht.

Im Abgeordnetenhaus

wurde am Sonnabend die Beratung des Antikstetats beim Kapitel „Elementarabteilungen“ fortgesetzt. Da lebte die Debatte über den Kompromißantrag und das zu erwartende Schulgesetz noch einmal auf. Sowohl der freimüthige Abg. Ernst wie der freimüthige Abg. Casfel wandten sich gegen das Kompromiß und traten für die Entwidlung des Simultanlehren ein. Der Abg. Casfel tat dies in einer programmatischen Erklärung, in der er unter Hinweis auf die Darlegungen Othenis betonte, daß das Algem. preussische Landrecht überhaupt keine Konfessionslehre kenne. Selbst das Oberverwaltungsgericht, das sich der Antikstetats nicht völlig anschließen habe, habe in seinen Entscheidungen anerkannt, daß Konfessionslehren wie Simultanlehren nach dem Allgemeinen preussischen Landrecht gleichberechtigt seien. Der freimüthige Abg. Herr v. Beldt wollte das nicht gelten lassen. Er folgere die Gleichheit der Konfessionslehren aus dem Artikel 24 der Verfassung, der, wenn auch nicht Geisteskraft habe, so doch eine bindende Direktive darstelle. Im übrigen wiederholte er die keineswegs einwandfreie Behauptung, daß ein Schulverwaltungsgelei- und Lehrerbildungsgelei überaus die von der jetzigen Parteigruppierung des Abgeordnetenhaus durchzuführen gemeint wäre. — Im zweiten Teil der Sitzung wurden Petitionen und Anträge aus

dem Hause beraten, welche sich auf eine Besserstellung der Lehrer bezogen. Die Verhandlungen hatten die Erhöhung der Pensionen dieser Lehrkräfte und Gleichstellung der Lehrpersonen mit denen der Lehrer, sowie auf den Behalt in den Seminaren bezogen.
Die Redner aller Parteien traten für die Mehrzahl dieser Wünsche ein. Nur von Seiten der Regierung wurden zwar wohlwollende Worte laut, aber die finanziellen Bedenken so sehr in den Vordergrund gerückt, daß auf eine baldige Erfüllung dieser Wünsche nicht zu rechnen ist. Selbst der beabsichtigte Antrag der Unterrichtsminister, an jedem preussischen Lehrerseminar einen zweiten Oberlehrer anzustellen und die Gehälter der Lehrpersonen an den Lehrern und Lehrerinbildungsanhalten angemeinert auszuführen, fand in den Augen des Kommissionsrat keine Gnade. Die Debatte war sehr lebhaft und die übliche Dauer der Sitzungsgrenze bereits so weit überschritten, daß die Herren der Mehrheitspartei zu dem Gewaltmittel des Schlußantrages griffen. Nur auf Bitten des amtierenden Vizepräsidenten Dr. Postz wurden noch zwei weitere Redner, die Abg. Ernst und Dietrich zum Wort verstattet. Inzwischen hatten sich aber die lehrerfreundlichen Herren der Mehrheit in so großer Anzahl entfernt, daß, als der Schlußantrag nun wirklich gestellt wurde, die zur Unterstützung des Antrages notwendige Geschäftsordnungsmehrheit aus 30 Abgeordneten nicht aufzubringen war, obwohl sämtliche Konfessionsparteien, Nationalliberalen und Zentrumsglieder (mit Ausnahme der Herren Hofeitel und Dietrich) den Schlußantrag unterstützten. Der Debatte mußte also fortgesetzt werden, und der Abg. Postz mußte das Wort nehmen, da ein von ihm gestellter Antrag auf Vertagung ebenfalls nicht die notwendige Unterstützung gefunden hatte.
Inzwischen waren die notwendigen 30 Mann zusammengetrommelt worden und der Schluß der Debatte konnte rite herbeigeführt werden. Die Abstimmung über die Petitionen und Anträge wurde in Rücksicht auf die ständische Vere des Hauses vertagt. Die Sitzung war aber noch nicht zu Ende. Der Vizepräsident Dr. Postz istag vor, die Montagssitzung wegen der Dom-Einweihung erst am 2. März beginnen zu lassen, darüber sagte sich eine Geschlossenheitsdebatte. Der Abg. Gumb besetzte sich über die geringe Zahl der Abgeordneten zur Vertagung gestellten Demarkanten und erklärte, daß nur auf je 10 Abgeordnete eine Karte entfallen sei. Sachlich meinte er, die Karten seien verlost worden, er lasse es dahingestellt ob es sich dabei um eine unerlaubte Verletzung von Wertgegenständen oder um eine erst von der Staatsregierung zu genehmigende Lotterie erhandelt habe. Dr. Vorch stellte fest, daß sich der Präsident vielfach um Karten bemüht habe, aber keine größere Anzahl habe erlangen können. Graf Limburg-Straum meinte, einen Reichstisch auf Einladungskarten habe das Haus nicht, höchstens könne man von Freundlichkeit oder Unfreundlichkeit reden. „Der Gumb unterließ das letzte Wort, er sprach von sehr großer Unfreundlichkeit.“
Die nächste Sitzung wurde auf Montag 2. März anberaumt.

Domweih.

Die Chroniken der alten deutschen Städte wissen von Dom- und Kirchenbau und Domweihen viel zu erzählen. In der That hat die Jahrhunderte her in mittelalterlichen Zeiten der Bau eines neuen Gotteshauses für ganze Bürgerchaften den Mittelpunkt ihres geistigen Lebens gebildet: Liebe, Sorgfalt, Opfermut und Kunstliebe haben sich vereint, um jene Werke der Baukunst zu schaffen, die selbst dem modernen Heiden ein Staunen der Bewunderung erörtern.
Heute wird in Berlin eine neue Domweih begangen. Das Bantheon der Hohenzollern, die protestantische Papstkirche zu St. Wilhelm wird mit pompösen Zeremonien ihren Zweck übergeben. Die ganze Berliner Presse beschäftigt sich schon seit Tagen und Wochen mit diesem Ereignis, aber es ist nirgends die rechte Freude dabei. Die Kanoniker der bürgerlichen Presse, die am vorigen Sonnabend zu einer Beschäftigung geladen worden, können im Grunde nur die Meinung vortragen, die mit jedem Stein des Baualloes sich immer mehr befestigt hatte. Dieses Reizhaus ist ein widerlicher Anstrotz, ein später Entwürfnis, die der Wankern der italienischen Renaissance nachahmt, ohne auch nur eine Ahnung von ihres Wesens wirklicher Größe zu gewahren. Fromme und nationale Blätter wissen wenig anfangen mit diesem Monument des Dynastienkultus, das deutsch und protestantisch sein soll, aber italienisch und katholisch ist.
Der Bau dieses Domes ist auch niemals eine Volksfrage, sondern immer nur eine Sache der Hohenzollernfamilie gewesen. Die prunkhafte Wochentagsfeier des neuen Preußen-Deutschland sollte in ihm seinen Ausdruck finden. Und so hat auch der Franz von Sifstere und Vagende, der ihn und die ganze moderne Kirchenbau-Ära umhüllt, wenig gemeinsam mit jenen, denen er seine Aufgaben stellt, von denen die Baugeschichte des alten Domes umhüllt ist. Die materielle Grundanlage zum Bau des neuen Domes ward dadurch gewonnen, daß man im Jahre 1892 vom preussischen Staat das runde Grundstück von 10 Millionen forderete. Selbst die Vertreter jener binnigen bürgerlichen Schicht, die bei den Landtagsdebatten den Ausschlag gibt, die freimüthigen Abgeordneten Berlins, haben damals gegen die Bewilligung gestimmt, und das Wort würde noch ganz anders ausgefallen sein, wenn die wirkliche Bevölkerung Berlins zu Worte gekommen wäre. Damals hatten die Verleger, Berlin zur schönsten Stadt der Welt zu machen, erst ihren Anfang genommen, und worin man sich jetzt zur Not hat finden müssen, in den neuen Kurs des pomphaften Ausstattungsweins, das viel damals die aufgeregte Kritik heros.
Um auch die Stadt Berlin für den gesteigerten Kirchenbau betriebs kräftig zu machen, grub man mittelalterliche Verordnungen aus und verordnete die Stadt in langwierige Prozesse, aus denen sie schließlich, wie bekannt, als Sieger hervorging. Schlimmer aber als dieser schlimme Prozeßhandel ist der Wirtschafskandal, mit dem die neue Ära der Kirchenbauweiherei für ewig und immer verknüpft ist.
Valkhoffe sind vordem die Einweihungen der Kirche gewesen, und noch immer begeht die Bevölkerung des hohen Landes die „Kirchweih“ als ein ländliches Fest. Unter frengen Abkürzungen aber und im steifsten höchsten Ceremoniell geht die Hohenzollern-Kirchweih vor sich. Es wäre nicht notwendig gewesen, über ein so nebensächliches Ereignis an dieser Stelle nur ein Wort zu verlieren, wenn nicht das Reflektorgeld der gut gesinneten Presse einem den Vergleich zwischen ein und jetzt förmlich aufdrängte. Die Berliner Domweih ist die innere Angelegenheit eines kleinen empfindlichen Kreises; weder das Volk, noch die Stadt, noch die Kirche, ist nicht einmal die Religion, insofern sie fast als isoliertes Individuum, nicht als ein hohes allgemeines Brunnengestank aufsteht, hat sich ihr etwas zu tun. Sie kommt reichlich um ein halb Jahrtausend zu spät!

Neue Praktik der Wahlprüfungs-Kommission.

Es durfte früher der Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages nachgesehen werden, daß sie einmüßig gegen ihre

Arbeitsmethode; nur verschleppte sie manchmal die Entscheidung über ein gefährdetes arbeitsparteiliches Mandat bis fast an Ende der Wahlperiode. Jetzt sind „neue Kräfte“ in die Kommission gelangt, von der Nationalliberalen Ballau und Feld, an Stelle des Welfen D. Damm der Antisemit Braun, und zwei neue Zentrumsmänner. Dar schon die Ungültigkeitserklärung der Mandate unserer Genossen Buchwald und Dr. Braun ein sehr starkes Stück, so daß die Kommission jetzt einen Beschluß gefaßt, der geradezu ungläublich erscheint. Der freimüthige Bardow war in Hütch-Grängen gegen Genossen Geigly mit geringer Majorität gewählt worden. Am Wahlprotokoll wurde bemerkt, daß für den konservativen Händler Stimmzetteln von doppelter Größe verwendet worden waren, was gegen § 10 des Wahlgesetzes verstößt und zur Richtigkeit des Mandats führen mußte. Zweimal hat die Kommission im vorigen Jahre einen dahngehenden Beschluß gefaßt. Genosse Fischer-Berlin wies nun am Freitag als Referent in der Kommission nach, daß nach Abzug der ungültigen Zettel die Mehrheit für Bardow verschwinden sei. Trotzdem erklärte die Mehrheit der Kommission, entgegen den beiden früheren Beschlüssen, die Zettel und damit das Mandat für gültig.
Im Plenum dürfte es zu sehr ernsten Auseinandersetzungen kommen.

Eine Änderung der Einkommensteuer

wird für Preußen dahin geplant, daß die kommunalen Realsteuern bis zu 100 Proz. und die Annotationsbeträge bis 600 M. für abgabefähig erklärt werden. Bei jährlicher Familie sollen in Zukunft auch bei Einkommen von 8000 bis 6500 Mark Abzüge pro Kind zulässig sein; jetzt darf das nur bei Einkommen bis zu 8000 M. geschehen.

Um den dadurch entstehenden Ausfall von rund 6 1/2 Mill. Mark zu decken, soll eine anderweite Besteuerung nichtabgablicher Personen entworfen durch eine Änderung der Doppelbesteuerung für Aktiengesellschaften herant. Das in Zukunft nur die verteilte Dividende zu Grunde gelegt, der Abzug von 3 1/2 Proz. aber in Fortfall kommen soll. Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung sollen zur Besteuerung herangezogen, gewisse Unternehmungen aber freigesetzt werden, z. B. die sogenannten Familien-Unternehmungen, bei denen Erben Geschäfte in jener Form fortführen, ferner Gesellschaften mit Stammkapital von etwa 100 000 M. und die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die sich zur Eicherung von Aktiengesellschaften bilden. Wenn Aktiengesellschaften zu einem bestimmten Zwecke zu einer G. m. b. H. zusammenzutreten, so soll, was sie anteilig als Aktiengesellschaften verlieren, abgezogen werden, damit nicht eine dreifache Besteuerung herauskommt. Das Mehrerträgnis würde dann etwa 4 000 000 M. betragen, so daß ein Verlust von etwa 1/4 Millionen bleiben würde.

Die Lotteriegemeinschaft

zwischen Preußen, den beiden Mecklenburg und Albed soll jetzt perfekt werden. Dem preussischen Abgeordnetenhaus gingen zur Genehmigung die Staatsverträge mit Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Vöbed zur Regelung der Lotterieverhältnisse zu. Den Verträgen zufolge werden die Mecklenburgische Landeslotterie und die Lübeckische Staatslotterie mit dem Wohlthätigen der laufenden Lotterien einseitig. Die drei Staaten verpflichten sich, nur die preussische Klassenlotterie auszuführen. Schwerin erhält dafür eine jährliche Rente von 400 000 Mark, Vöbed 200 000 Mark, Strelitz 67 000 Mark. Die Verträge treten am 1. Juli 1905 in Kraft.

Berlin und seine Lehrer. In den Kreisen der Berliner Lehrer herrscht lebhaftes Erregung über die freimüthigen Berliner Stadtverwaltung, die aus Gründen der „Sparsamkeit“ die längst notwendige Erhöhung des Grundgebührens der Volksschulen immer wieder hinausschiebt. Eine von 1500 Leher besuchte Versammlung hat erklärt, daß sie „mit großem Bedauern das Erkenntnis erlangt habe, daß der Magistrat in Nichtachtung der oft ausgesprochenen Bitte und bei der den anderen städtischen Beamten gedachten namhaften Gehaltsaufbesserung, das Grundgebühren der Gemeindegeldnehmer nicht aufbessern will.“ — Die Berliner Lehrer sind bisher eine Stütze des Preussens gemein; da aber auch hier die Liebe durch den Magen geht, dürfte eine Umänderung der Stellung in Betracht kommen. Das Bedauern, daß Lehrer, die selbst kaum satt zu essen haben, die Zukunftszeit mit der gegenwärtigen Ordnung predigen, kann unglücklich auf die Dauer vorhalten.

Aufgehoben sind nach einem Anschlag am schwarzen Brett der Charlottenburger technischen Hochschule alle an die Studenten gerichteten Verbote. Es wird nur die Erwartung ausgesprochen, die Studenten solle sich über die in Zukunft an Fragen, wie die Kapitulation gegen die konfessionellen Verbindungen, in „richtiger Weise“ heranzutreten.

Russendienste in Baden. Herr Wittlad, der Direktor der Mannheimer Jagenteurwehr, verlangte, daß die russischen Studierenden den Uebertritt ihres Wohlthätigkeitstages für die Winter der russischen Revolution an das russische Konsulat ableisten sollten. Selbstverständlich weigerten sich die Schüler, diesem sinnlosen Befehl zu entsprechen, und sie verbot sich den ungebührlichen und ungesetzlichen Eingriff in ihre Privatangelegenheiten. Die Folge war, daß zwei dieser jungen Russen ihre Ausweisung aus der Anstalt erhielten.

Abgelehnt hat der Landtag für Ruhr-Gotha mit 2 gegen 6 Stimmen den sozialdemokratischen Antrag, der Staat solle die Kosten der Volksschulen übernehmen; die Regierung wurde nur ermahnt, eine Denkschrift in der Sache auszusprechen.

Die neuesten Eintrittskarten der West. Im Abgeordnetenhaus hat Herr Gamp lebhaftes Bedauern darüber erhoben, daß dem Hause nur 60 Karten zur Einweihung des neuen Hohenzollerndoms zugestellt worden seien. In der Tat ist es so, daß gerade der Landtag, der doch die Steuer-gelder fürs Ganze bewilligt hat, von der Kirchenparade nahezu völlig ausgeschlossen worden ist. Für 10 Millionen Mark nur 60 Eintrittskarten! — Das macht für das einzelne Billett 166 666 67 Mark; und das ist entschieden recht viel für das bishigen Vergnügen!

Kamele nach Südwestafrika zu schicken beschäftigt der Min. Jg. zufolge die Kriegslage. Das Blatt warnt vor dem tödlichen Versuch. — Und wir sind der Meinung, daß die Kamele in der Sandtolonie uns schon reichlich teuer geworden sind und daß kein Grund vorliegt, sie zu vermehren.

Wegen Kaiserbeileidigung — er hatte sich, als ein Saufker in der Nähe des Baumgartens Anfechtungen selbst, despektierlich über den Kaiser und den Kronprinzen geäußert — ist in Frankfurt der Kam Bängeli, ein haimweigerer Staatsangehöriger, zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Wegen Kaiserbeileidigung, begangen in der Trunkenheit, wurde in Krasch ein Tagelöhner zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Deutscher Kaffeebau am Kaffeebau wurde vom Marinegericht in Kiel der Matrose Schombert vom Kreuzer Blüch zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Vonrott waren 6 Jahre Fuchtwang. Schombert hatte kürzlich einen Mann der Frauville in Seitzengemeinschaft, die Batrouille hatte angegriffen und den umstehenden Passanten zugerufen: „Ihr seid doch auch Sozialisten, steht doch die Stunde da!“, worauf die Batrouille tatsächlich angegriffen und der schon verhaftete Matrose Sch. befreit wurde.

Nach Deutsch-Südwestafrika geht am morgigen Dienstag von Hamburg auf einem Dörmannsdampfer wiederum ein Truppen-Transport in Stärke von 25 Offizieren und 543 Mann ab.

Preußen.

Die Diebstahl-Affäre im Reichsgericht. Die Diebstahl-Affäre im Reichsgericht in Berlin nimmt immer größere Dimensionen an. Nicht nur Geld sondern auch wichtige amtliche Dokumente sind gestohlen worden. Das auffälligste aber ist, daß sehr hochstehende Einflüsse sich bemühen, den Diebstahl Dr. Deil aus der Affäre auszuhalten und daß an die Wiener Presse und an die Korrespondenten auswärtiger Blätter die Bitte ergangen ist, nichts über die Affäre zu schreiben. — Warum wohl?

Ungarn. Kein Handelsvertrag mit Deutschland? Banffy erklärte, der ungarische Reichstag hat die deutsche Handelsverträge abgelehnt. Der Reichstag hat trotz seiner Annahme durch den Reichstag die Bitte ergangen ist, nichts über die Affäre zu schreiben. — Warum wohl?

Italien. Die Regierung soll wollen sein, den verhängten Strafbestrafungen gegen die Eisenbahnen fallen zu lassen. Die Eisenbahnen beschließen, so lange den Dienst zu verweigern, bis der Paragraf gefallen ist. In Rom und in Norditalien sind deshalb gefahren große Betriebsstörungen im Bahnverkehr zu verzeichnen gewesen.

Dänemark. Zum neunten Male beschäftigt sich das Folketing mit dem sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des Achtstundentages. Der Antrag wurde vom Genossen Martin Olsen vortragen. Von den bürgerlichen Abgeordneten sprach sich der Wortführer der neuen radikalen Kräfte, Alfred Christensen, sehr sympathisch über den Entwurf aus, sowie für allgemeine Einführung des Achtstundentages in den Staatsbetrieben. Der sozialdemokratische Parteivorstand sprach jedoch gegen die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, die er als einen Eingriff in die persönliche Freiheit bezeichnete. Der Minister des Innern gab trotz wiederholter Aufforderung Dens keine bestimmte Erklärung über seine Stellung zu dem Gegenwurf ab, der schließlich einem Ausschuss von 11 Mitgliedern überwiesen wurde.

Daneben hat das Landthing das schändliche Verbrechen mit 42 gegen 4 Konterpartie und die eine sozialdemokratische Stimme angenommen. Der Entwurf kommt nun wieder an das Folketing.

Der Krieg in Ostasien.

Eine Schlacht haben die Russen erlitten, indem ihnen der strategisch wichtige Hügel Veresnevo von den Japanern genommen worden ist.

Im Meer Chamas herrscht nach Tokios Telegrammen großer Unruhe darüber, daß die Russen mit verkleideten Abteilungen operieren. Diese Mannschaften sind in japanische Uniformen gekleidet und erwidern, dem Kriegsbrecher gegenüber, wiewohl sie den Aufklärungsdienst.

Wichtigste Nachrichten haben die Japaner am Freitag den Dampfer Soeruz, der mit Radissonen nach Wladivostok unterwegs war. Fünf Kriegsschiffe des dritten baltischen Geschwaders haben Sonnabend früh 9 Uhr Döber passiert.

Eine energische Angriffsbewegung richteten die Japaner seit mehreren Tagen gegen den linken russischen Hügel, der in aller Eile von den Russen verhärtet wurde.

Pöligisches und Gerichtliches.

8 Unlängliche Polizeiverordnung. Das Oberlandesgericht Jena hat das Verbot des Streikpostenhaltens des Generals Stadtrates für ungültig erklärt. Der Stadtrat hatte eine Polizeiverordnung erlassen, die das unbesetzte Streikpostenhalten auf den Straßen verbietet. Beim letzten Streik wurden mehrere Mann wegen Streikpostenhaltens in Gefängnis genommen. Sie beantragten richterliche Aufhebung und wurden freigesprochen weil die Stadtratsverordnung dem Reichsgesetz zumwiderlaufe. Das Landesgericht hat sich dem Urteil angegeschlossen und das Oberlandesgericht hat die Verordnung für ungültig erklärt.

8 In neun Monaten Gefängnis wurde am Freitag vom Landesgericht Leipzig der Radfahrer Lange von der Leipziger Volksvertretung wegen Verletzung der Postverwaltung verurteilt. Er erfolgte aus seine sonstige Beschäftigung. Inkriminiert war ein Artikel, der sich mit den Unzulänglichkeiten in der Postverwaltung beschäftigte und Reformen forderte. Das ungehörige Strafmaß wurde vom Staatsanwalt Böhmie begründet mit der „Tendenz“ der Leipziger Volksztg., die „jederzeit zu Verleugungen geneigt sei. Sonnabend nachmittags 1/2 Uhr ist Genosse Lange nach Stellung von 10000 M. Kaution aus der Haft entlassen worden. Damit ist selbstverständlich die Angelegenheit nicht erledigt. Es muß vielmehr von nachgebender Seite erklärt werden, wie weit das Recht der Landesbehörden gehen darf, nicht zu beweisende Anschuldigungen gegen einen Angehörigen zu erheben. Bekanntlich hat auch die baltische Staatsanwaltschaft in Preßprossen gegen das Volksblatt wiederholt schon mit der „Tendenz“ gearbeitet.

Parteinachrichten.

Der Direktor unserer Partei, Friedrich Lehner in London, vollendet heute, am 27. Februar, sein 80. Lebensjahr. Er ist noch außerordentlich rüstig, und der Art hat ihm noch 13 Jahre zugedacht. 1847 gehörte Lehner zu denen, die mit Marx, Engels und anderen auf dem zweiten Kongress des Kommunistenbundes das Kommunistische Manifest entwarfen. Zeit seines Lebens ist Lehner ein eifriger Förderer des Sozialismus gewesen. Wäge er unserer Partei noch recht lange in voller Gesundheit erhalten bleiben.

Aus dem sozialdemokratischen Wahlverein in Charlottenburg, in dem in der vorigen Sitzung der Gesamtvorstand sein Amt niedergelegt hat, ist in der jüngsten Sitzung an Wittenberg ein altes Mitglied Schweitzer wegen anarchistischer Gesinnung ausgeschlossen worden. Schweitzer betonte energisch seinen Angehörigen zu sozialdemokratisches, allerdings ist er mit den übrigen Mitgliedern der Sozialdemokratie absolut nicht einverstanden, besonders nicht mit der Charlottenburger geläuteten

Praxis. Sodann wurde das gegen den Vorliegenden Stadtverordneten Vorardt, weil er an Ratiers Geburtstag Illuminierter hatte, beantragte Todesstrafe nach langer Debatte mit 150 Stimmen gegen 84 aufrecht erhalten, obwohl Genosse Dr. Vorardt die Verjährung abgab, daß nicht er sondern sein Dienstherr Illuminierter habe und daß er der Bergen sofort entlassen, als er davon Kenntnis erhielt. Am Stills von Vorardt wurde der Genosse Wärtter Paul Schmidt zum ersten Vorliegenden gewählt.

Ueber Schädigung der Partei im Bahnbetrieb ist, so schreibt der Vormarsch, in der letzten Zeit von ängstlichen Genossen heftig gesagt worden. Wie ungründlich diese Klagen sind, zeigt die folgende Mitteilung des Volksblattes für Bochum an die Parteigenossen:

Die Klagen nach dem Volksblatt ist in letzter Zeit so hart gewesen, daß es uns bei dem besten Willen nicht möglich war, alle an uns gelangten Nachbestimmungen rechtzeitig zu erledigen. Wir wissen die uns gemordete tatsächliche Unterbrechung in der Agitation seitens der Parteigenossen und Vertrauensleute sehr wohl zu schätzen und bitten auch sehr fernher, darin nicht zu erlahmen.

Nur ist es uns infolge des raschen Auswachsens der Konventionen nicht möglich, allen größeren Anforderungen nach Agitationsmaterial augenblicklich gerecht zu werden. Da die große Nachfrage nach dem Volksblatt eine totale Umänderung des deutschen Betriebes gedeutet notwendig macht, die zu Beginn des neuen Quartals zur Ausführung gelangt, so müssen wir uns unter verzögerten Parteireisen bis zu diesem Zeitpunkt verziehen.

Wir werden dann in der Lage sein, vollkommener, gestärkter auf dem Plan zu erscheinen und können dann auch den in größtem Umfang an uns gestellten Anforderungen genügen. — Bei der Nachwahl zum genossenschaftlichen Landtage, die am Donnerstag vorgenommen wurde, ist Genosse Wolf wiedergewählt worden. Die Nachwahl war notwendig geworden, weil der Landtag die Wahl Wolf für ungültig erklärt hatte.

Ein sozialdemokratischer Bezirksleiter in Jülich, bei der Erziehung in das Jülicher Bezirksgericht ist unter Genosse Ludwig, früher Schriftführer, seit Jahren Arbeitersekretär, ohne Gegenstand mit 855 Stimmen gewählt worden. Damit hat die Arbeiterkategorie endlich wieder eine Vertretung in dieser Behörde.

Gewerkchaftliches.

Die Marmorfabrikateure in Hamburg sind wegen Ablehnung des Tarifs seit Montag ausständig. Im Laufe der Woche haben die meisten Firmen den Tarif bewilligt. — In Berlin fordern die Stukkateure in ihrem neuen Tarif unter Verbeihaltung des 8 1/2 Stundentages für Obler 3,50 M., für Ferner und Liefer 4,00 M. pro Tag und für Betonarbeiten ein Zuschlag von 50 Pf. Außerdem ist für die Arbeiterarbeit ein Anfordertarif aufgestellt, der bisher noch nicht bestand. Unter den allgemeinen Forderungen befinden sich einige, die für den Beruf der Stukkateure neu sind, vor allem die, daß die Paß der Bezahlung in einem angemessenen Verhältnis zur Zahl der Gehilfen liegt. Zu diesem Zweck ist eine Lehrlingskalkula aufgestellt. Von den sonstigen allgemeinen Forderungen ist noch die zu nennen, daß die Arbeiter die durch Materialmangel verursachte Wertigkeit in Lohn bezahlt wird.

Barbiere. In Berlin richten die Barbieren an sämtliche Geschäftsinhaber Forderungen, bei deren Nichterkenntnis ein allgemeiner Streik für Berlin und Vororte proklamiert werden soll.

Branner. Die Brauerzeitung hat die Auflage von 25 000 überschritten. 1892 wurde das Blatt als Verbandsorgan obligatorisch eingeführt mit 8000 Abzügen, 1894 waren es doppelt soviel, 1903 sind 1902 fragierte die Zunahme bei etwa 15 000 Auflage, 1903 wurden es 19 000, 1904 reichlich 22 000, und jetzt ist schon die 25 000 überschritten.

Metalarbeiter. In Gorau sind in der Maschinenfabrik barmals Betrieb Differenzen ausgebrochen.

Kosmer. In Wisth (Oberhessen) bestehen Differenzen bei der Firma Nidel.

Ausland.

Frankreich. In Paris sind gestern 5000 Wagenarbeiter in den Ausstand getreten, da die Arbeitgeberkammern sich geweigert haben, ihre Forderungen zu prüfen.

Schweden. In der schwedischen Stadt Helsingborg streikten die Arbeiter und Arbeiterinnen der Webenfabrik von Stenström. Um gegen die Streikbrecherinnen, die die Firma eingestellt hatte, zu demonstrieren, versammelten sich am Dienstagabend viele Laufende Personen in der Hörslogata und schlugen ihren Unwillen durch Jurieren und Weifen kund. Wüthlich ergriffen eine Abteilung berittener Polizei, die rüchichtslos auf die Menge einwirkte und nach drei russischer Schläge anstellte. Darauf wurde von einem nahegelegenen Hügel mit Steinen nach den Polizeileuten geworfen. Einige wurden getroffen, jedoch ohne Verletzungen davonzutragen. Der Strajk dauerte einige Stunden.

Gewerbegericht Halle.

Vorsitzender: Stadtrat Balger; Beisitzer: Ober Jahn, Rathsherr Gmmer, Detektor Dannesberg und Hotelbesitzer Stankel.

Unberechtigter Entlassungsgrund. Der Arbeiter Galda sagte gegen die Genossenschaft, die die Firma entlassen hatte, ein demontrieren verweigerte sich am 21. März. Er bekam einen Gehalt von 270 M. und wurde am 2. Februar entlassen, weil sein Sohn, ein Schreiber, aus der Schule eine Kleinigkeit entwendet hatte. Der Vertreter der Grube, Berginspektor Roigle, glaubte zur Entlassung berechtigt gewesen zu sein, da er den Kläger gewarnt und ihn ermahnt habe, seinen Sohn mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Er müsse den Vater für die Tat des Sohnes verantwortlich machen. Nach dem Arbeitsverträge habe der Vater die Pflicht, dafür zu sorgen, daß sein Sohn nichts Unrechtes begehe. Der Kläger, der sich im Laufe vergeblich nach Entlassung bemüht hatte, war anderer Meinung, und das Gericht erkannte auch an, daß der Kläger zu Unrecht entlassen ist. Die Firma wurde verurteilt, dem Kläger den ihm zukommenden Lohn in Höhe von 3120 M. zu zahlen. In der Verhandlung des Urteils hielt es, ein Unternehmer habe kein Recht, einen Arbeiter deshalb ohne Rücksicht auf die Folgen, wenn sein Sohn etwas weggenommen hat.

Ebenfalls wegen Unbilligkeit der Entlassung klagte der Schlosser Krüger gegen die Firma Kaufmann & Krüger (Leipzig-Weißhagen-Kauf). Kläger verlangt auch noch 12 M. rückständigen Lohn für 50 Stunden & 4 Pf. Steuern mit einem des Schlosser eingetrieben, der Kläger ist entlassen worden, weil er auf dem Boden der Rechtlichkeit geschlafen und die Arbeit ausm-

menehauen“ habe. Der Kläger habe gar keinen Auftrag gehabt, eine bestimmte Arbeit zu verrichten. Der Kläger bestritt, mangelhafte Arbeit geleistet zu haben. Der Betriebsrat, der teilweise als Beiratsrat gearbeitet habe, sei gar nicht dabei. Sogar die Schlosserarbeiten könnten zu kommen. Da es dem Gericht durchsichtig nicht anfangen ernten, weshalb der Kläger eigentlich entlassen worden sei, und weitere Fragen gestellt wurden, meinte der Firmen-Vertreter, er habe auch die Bezahlung, daß der Kläger die anderen Leute aufgelegt habe. Sogar die Schlosserarbeiten der Schlosser habe er mit seiner Unvorsichtigkeit „verursacht“. Für das Gericht konnten die Angaben nicht von Bedeutung sein; es beschloß die Zahlung eines Schadenersatzes, um festzustellen, ob Kläger mangelhafte Arbeit geleistet hat, und betragte deshalb die Angelegenheit.

Ohne Erfolg war die Klage der Arbeiter Siegmann und Genossen gegen den Vorarbeiter Umele an. Siegmann und mehrere Arbeiter hatten auf dem Gieße eine Arbeitsleistung übernommen, und ihrer Ansicht nach ausübend, daß der Ertrag aus dem Gießen und Fortschleppen des Gießes gemeinschaftlich geteilt werde. Da aber ein Zaun stand, es ist nicht mehr, daß der Arbeiter Siegmann nicht habe, der Verdienst aus dem Gießen werde gleichmäßig und gleichzeitig verteilt, wurden die Kläger, die sich auch mit den erhaltenen Zahlungen einverstanden erklärt haben sollen, mit ihren Forderungen abgewiesen.

Wiederum verurteilt wurde die Sache des Bautechnikers K. O. r. e. gegen den Ingenieur B. r. i. l. l. von der Steinbahn Berlin. Verklager sagt, der Kläger ist deshalb entlassen, weil er zur Ausführung der ihm übertragenen Arbeiten unfähig gewesen sei; Kläger habe nicht einmal einen Preis berechnet können. Es wurde eine weitere Verurteilung beschlossen.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Diekmals der Allgemeine Konsumverein in Nienleben. In der Sonntag, d. 19. d., abgehaltenen General-Versammlung des Konsumvereins Nienleben wurde das letzte Jahr, was diesen Konsumverein nach mit der modernen Genossenschaftsbewegung verband, rezipiert, indem fast einstimmig beschlossen wurde, aus dem Mitteldeutschen Verband der Konsumvereine und gleichzeitig aus dem Zentralverband auszutreten. Entschieden diesem Beschluß war auch der Verlauf der allgemeinen Versammlung. Nienleben wurde der von Unzulänglichkeiten strengste Bericht der Verwaltung zugeordnet. Jede Dividenden-Züger! Dieser Rechnung tragend, konnte es sich der Geschäftsleiter Herr Engelhardt auch ruhig erlauben, den Bericht über die Bräuh-Angelegenheiten des Vereins mit dem früheren Vorgehens mit direkten Unwahrheiten schmückhaft zu machen, hatte man es doch verstanden, die Bräuh-Gehälter und Straßenger in den diversen Konten unterzubringen und zu verstecken. Mit welcher Rechtfertigung, um keinen anderen Ausdruck zu gebrauchen, liegend der Geschäftsleiter aufgestellt war, dafür unter anderem ein Beispiel: Die Verwaltung rechnet einen Durchschnitts-Umsatz pro Mitglied von 507 M. (705 M.) heraus, in Wirklichkeit beträgt er nur 406 M. gegen 428 im Vorjahre, bemerksprechend reduziert sich auch der Umschlag des Waren-lagers.

Wenn derartige Manipulationen aber bewußt unternommen werden, nur um die Arbeiter zu täuschen, so verdienen sie eigentlich eine ganz andere Bezeichnung. — Zu beklammern ist dabei nur, daß sich leider auch noch ein Teil organisiert Arbeiter auf diese Art täuschen lassen und den Wahren willig Gefolgschaft leisten. Wäre es in sich geben! Wohl müssen bewusste Arbeiter Zerplitterungen möglichst vermeiden, so es aber wie hier, zur Genüge bewiesen ist, wogin die Fahrt geht, muß reinliche Entschiedenheit im Feinden der Reichthums dienlich zu sein, müssen ehrliche Arbeiter herablassen.

Wären sich derartige Leute untereinander aufstellen, wogin die Verwaltung den besten Winnsang geschäft hat. Wir müssen die Bahn eben zum besseren Zusammenfließen der modernen Konsumvereine, zum Besten der gesamten Arbeiterkategorie.

Eine andere uns zugegangene Einfindung besagt: Die Verwaltung ist, wahrlich nicht um die 14 Proz. in jedem Falle herauszuklagen, auf besondere Praktiken verfallen, die man nicht als ganz einwandfrei bezeichnen kann. Es fehlen nämlich einer Anzahl der ausgetriebenen Mitglieder erhebliche Beträge ihrer abgelieferten Warenmarken. Dem einen 100 M., dem anderen 80 M., 80 M., anderen wieder die ganzen Fleischmarken um. Es sind dies alles Argumente, welche mehr als bloße Redenswörter zu sein scheinen, denn auf die Reklamationen der betreffenden Personen hat man nie noch 8 Uhr abends wieder nach dem Geschäftsleiter gestellt, um ihnen dann zu konstatieren, daß die abgelieferten Warenmarken „Abserupt“ nicht mehr vorhanden sind. —

Auch beweist die Geschäftsleiter eines Teiles der Verwaltungsmittelglieder, wogin die Verwaltung den besten Winnsang geschäft hat. Wir müssen die Bahn eben zum besseren Zusammenfließen der modernen Konsumvereine, zum Besten der gesamten Arbeiterkategorie.

Und trotz der Verleumdungen, welche aus fälscherem Verstand gegen uns verbreitet werden, entfaltet sich die kleine Fikale des Allgemeinen Konsumvereins zu Halle a. S. zu einer herrlichen Blüte.

Eingesandt aus Nienleben.

Wer bringt es fertig? Ein Vereinsmitglied des Allgemeinen Konsumvereins zu Nienleben liefert Warenmarken ab im Werte von 191 Mark, und zwar in folgender Sortierung: 8 à 50 Mark, 1 Stück à 35 Mark, 6 Stück à 1 Mark.

Welche Waren müssen da verreckt werden, damit 111 Mf. herauskommen?

Was niemandem gelungen ist, hat die Verwaltung des obigen Konsumvereins fertig gebracht. Ihr war es vorbehalten, diese Flug zu machen.

Ein ausgeschiedenes Mitglied des Allgemeinen Konsumvereins zu Nienleben.

Arbeiter-Sekretariat, Halle a. S., Gary 42/43, Hof, 3 Treppen. Geöffnet nur Werktags von 9 1/2—1 1/2 und 4—8 Uhr. Sonnabend nachmittags geschlossen.

Unentgeltliche Auskunftserteilung in gewerblichen Streitigkeiten, über Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditäts-Versicherung, über Arbeiterkassen, Vereins- und Verbandsangelegenheiten, sowie über das Fabrikantenrecht u. s. w.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: A. Weiskamm in Halle.

waren. Im Falle Bedarf hat der Korvettenkapitän Ciemann feierlich Vorweisung verdient.

Hg. Wommgen (Hr. Vg.): Die Milchschäbchen sind nicht beschränkt, die Beschwerden abzuheben. Die Döhne auf der Danziger Werft sind allerdings niedriger, als die Döhne in Kiel und Wilhelmsbafen. Das kommt aber daher, daß die Döhne in Danzig abgenommen niedriger sind, als im Westen. So sollte die Arbeiterfrage für die beide, nur sollten die Schiffe höher sein. Die Einführung des Lohnsystems ist immer mit einer vorübergehenden Bohlenhaue verbunden.

Hg. Wggen (Vg.): Die Lebenshaltung der Arbeiter auf dem Werften ist sehr niedrig. Die Arbeiter sind in Kiel und Danzig infolge der Inflationslage große Mengen an einer niedrigen Lebenshaltung genötigt Arbeiter heranzuziehen, während die Alten und die Lebensmittel teuer wurden. Die Arbeiterlöhne sind in Danzig um 20 Proz. niedriger als in den anderen Häfen. Des Höchstmöglichen ist es durchaus nicht unmöglich, ein System der Lebenshaltung der Arbeiter (siehe Bericht bei den Vg.) durchzuführen, b. b. (Kiel) Das System ist bei Danzig mit einer sozialpolitischen rückwärtigen Verwaltung, wie die Betriebsverwaltung, höchst befriedigend. Weitere Maßnahmen behalte ich mit für die dritte Sitzung des Staatsrat. Es wird dann hinsichtlich die Reihenfolge der Prioritäten über die Arbeitsverhältnisse vorliegen. (Beschl. bei den Vg.)

Staatssekretär v. Tsch: Politisiert gegen den Vorbehalt und erklärt, daß das Einkommen der Arbeiter an den Werften seit der letzten Inflationslage um durchschnittlich 154 Mt. gestiegen sei.

Hg. Wggen (Vg.): kommt auf den Fall des Wohlfühlens der Arbeiter zurück. Von den Werftenverhältnissen wird, wie in Danzig einmal vor Gericht festgestellt wurde, ein unwürdiges Entgelt politischer Schmeißen getrieben. Dem Kommissar gegenüber bemerkte ich, daß die Danziger Arbeiter 20 Prozent ihres Einkommens für die Werften ausgeben müßten. Ich muß also dies im Reichstag vorbringen, weil dies der einzige Weg ist, um den Beschwerden der Arbeiter abzuheben. (Beschl. bei den Vg.)

Damit schließt die Diskussion über den Titel, der nach dem Vorschlag der Kommission angenommen wird.

Stenographischer Bericht über die Sitzung am 27. Februar (Fortsetzung des Marine- und Staats- und des Reichsanwalts des Innern.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Unternehmengewinn im Bergbau.

Daß der Rothlauf unter den Braunkohlen-Bergwerkseigentümern ein großer ist und aus diesem vorgehenden Grunde die Döhne sowie sonstigen Arbeits-Behaltnissen der schwer, oft bei Lebensgefahr stehenden Braunkohlen-Bergarbeiter nicht aufgespart werden können, müßte die Zahlen der Profitrate vom Jahre 1904 bei einigen Gesellschaften zeigen.

Ueber den Braunkohlen-Bergbau-Verein Fortschritt in Neuschleitz haben wir schon berichtet, daß die Verwaltung vorgelegene hatte, 20 Prozent auf die Stammaktien und 22 Prozent auf die Prioritäts-Stammaktien zu zahlen. Reudersgicht scheint man aber zu der Ansicht gelangt zu sein, daß diese ungeheure Profitrate der Öffentlichkeit gegenüber sich nicht so recht verteidigen lasse und so hat man nach großen Abwägungen, sowie für größere Ausgaben, welche sich nötig machen, indem große Komplexe von Kohlenfeldern, welche angekauft werden sollen, wie für Vergrößerung einer Brückfabrik große Summen zurückgestellt. Zusammen erhalten aber die notwendigen Aktionäre noch auf die Stammaktien 10 Prozent und auf die Prioritätsaktien 14 Prozent über 30 und 40 Mt. pro Aktie.

Nach die Aktiengesellschaft Karlsruhe will ihren bestehenden Aktionären 14 Proz. Dividende zahlen, bei einer Abschreibung von 801 1/2 Mt. etwa wurden noch 26 000 Mt. für Abschreibungen der Abschreibung 10 000 Mt. für den Vermögensbestand, und 13 641 Mt. wurden auf neue Rechnung vorgetragen. Wenn wir das Aktienkapital dieser Gesellschaft in Betracht ziehen — daselbst beträgt 1 360 200 Mt. — so hat diese Gesellschaft in dem letzten Jahre die Hälfte ihres gesamten Aktienkapitals an Ueberzug erzielt. Trotzdem lassen die Döhne sowie die sonstigen Arbeitsverhältnisse viel zu wünschen übrig. Die Gehalt-Arbeiter verdienen Arbeit, welche sich zum Teil in der Höhe von 801 408 Mt. nach der Reingewinn von 314 708 Mt. oder 8 Proz. des Aktienkapitals zur Verteilung kommen. In dem Bericht heißt es ganz verständig: Der Aufsichtsrat hat die Abschreibungen in diesem Jahre etwas geringer bemessen, um den Aktionären entgegen zu kommen, und zwar, weil in dem letzten fünf Jahren der Gesellschaft 1 790 000 Mt. abgeschrieben wurden, was 60 Proz. des Aktienkapitals ausmacht. Auch die Wertpapiere zeigen das gleiche Bild. Hier werden vorzugsweise fremde, ganz bezahlbare Aktien besessen. Dort ist es auch noch nicht gelungen, die Arbeiter über ihre wirksame trübselige Lage aufzuklären und dieselben der Organisation zuzuführen. Die Dividende beträgt hier nur 7 1/2 Proz., und weil dieses noch nicht genug ist, heißt es im Bericht: Der Betrieb in den Gruben war gut und lohnend, nur der Gewinn aus der Abgabe ist in der Berichtserstellung nur ungenügend.

Alles in allem eine feste Steigerung der Dividenden der neistehenden Aktionäre, aber auch eine feste Steigerung der Forderung jedes einzelnen Arbeiters und trotzdem keine Erhöhung des Lohnes, ja sehr oft noch ganz erhebliche Bedingungsereignisse, schlechte Behandlung der Arbeiter und sogar die Forderung der hergebrachten Vorkämpfer. Dieses ist das Ergebnis, unter welchem der mittelständliche Arbeiter sein Leben nützlich fristet, während er für die Aktionäre Gewinn über Gewinn erwirtschaftet. Soll es anders werden, dann die Maßnahmen von den Aktionären, Bergarbeitern, und hinein in die Organisation! Auch der gutmütigste Unternehmer wird die Lage der Bergarbeiter nicht aus Wohlwollen verbessern, sondern nur eine große Macht, wie sich dieselbe im Verbande deutscher Bergarbeiter zeigt, ist hierzu im stande.

Schlichtsaal. Straßammer.

Salle, 26. Februar.

Vorh: Landgericht-Direktor Jode; Ankläger: Staatsanwalt Dr. N. H.

Eigentümerversammlung: Arbeit und Hunger bedrängten den 19-jährigen Pfleger Hans C. in der Nacht vom 21. Februar 1904 um 12 Uhr im Kanton Januar dem Kaufmann E. einen Pfund Schinken, Braten, Schmeierische, Reichthümer z. w. Bei dem Pflegermeister Voh in der Steinstraße entwanderten sie abends um noch offenerhändig Fenster 4 Büche, die für altschuldig verurteilt. Einem Dr. Schwamms hatte E. einen Überzug geschrieben und wurden verurteilt. Es stattet zu 6 Monaten Gefängnis und 20 Tagen Saisund der mit angelegte Richter zu 14 Tagen Gefängnis und 1 Woche Haft. Die verhängten Haftstrafen wurden bei Bewehr, der sich in Untersuchungshaft befand, als Bewehr erklärt. Der Staatsanwalt hatte Strafen von 1 Jahr bis zu 6 Monaten Gefängnis, und wegen der Vernehmungsmittelentwendungen hohe Strafen beantragt. Ein Rechtsanwalt, das auf dem Advokatenrat bei einem Beamten-

nemmer einer Vertheilung entwendet haben soll, wurde zu 3 Tagen Gefängnis verurteilt.

Galle und Jauchweis.

Salle, 27. Februar.

Die Schule und das Rinderbischmuggel.

In voriger Woche beschäftigten sich die hiesigen Mittelschullehrer in einer Kreislehrerversammlung, die unter dem Vorsitz des Stadtschulrats Wendel tagte, mit den Aufgaben, welche der Schule im Hinblick auf das in Kraft befindliche Rinderbischmuggel obliegen. Nach wichtiger ist diese Materie für die Volksschule. Am nächsten Mittwoch, den 1. März, erörtert eine Kreislehrerversammlung der hiesigen Mittelschullehrer folgende Themen: Welche Aufgaben erwachsen der Schul-Aufsichtsbehörde und den Lehrern aus dem Reichsgesetz betreffend Rinderarbeit in öffentlichen Betrieben vom 30. März 1903 und des dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen? 1. Das Gesetz betreffend Rinderarbeit in öffentlichen Betrieben vom 30. März 1903 ist eine zwingende Notwendigkeit, weil durch übermäßige, zum Teil unvorsichtige Beschäftigung der Rinder ihre körperliche, geistige und stoffliche Entwicklung beeinträchtigt, die Arbeit in der Schule erschwert und der unterrichtliche Erfolg gehemmt wurde, wie es durch statistische Aufnahmen zur Genüge bewiesen wird. 2. Es ist mit Freunden zu begrüßen, daß die berechtigten Forderungen der deutschen Lehrerschaft, die maßlose übermäßige Beschäftigung der Rinder gesetzlich zu regeln, durch das Reichsgesetz vom 30. März 1903 erfüllt worden sind. 3. Das Gesetz enthält kein allgemeines Verbot der Rinderarbeit; es ist lediglich der maßhaltigen Ausbeutung der Fähigkeiten der Entwicklung des Kindes durch unvernünftige Eltern und durch gewissenlose Arbeitgeber vorzubeugen. 4. Objektiv der Gelehrer dem Lehrer eine direkte Beteiligung an der Durchführung des Gesetzes nicht eingeräumt, so ist es doch geeignet, die unterrichtliche und erzieherische Tätigkeit des Lehrers in der Schule günstiger zu gestalten, zumal den Lehrern und der Schulaufsichtsbehörde nach dem Gesetz und den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen Gelegenheit gegeben ist, durch ihre Mithilfe bei seiner Durchführung ihm Leben und Kraft zu verliehen.

Die sich hieraus ergebenden Pflichten der Lehrer und Kreisinspektoren sind in nachstehenden Verfügungen zusammengefaßt:

1. Aus sozialpädagogischen Gründen ist es eine moralische Pflicht des Lehrers, zur Durchführung des Gesetzes beizutragen. Es heißt ihm folgende Aufgaben: a) Die erwerbsfähigen Schüler sind in der Klasse fertig zu beobachten und im Elternhaus möglichst oft zu besuchen. b) Die Beobachtungen und Erfahrungen über die gesundheitliche Tätigkeit des Kindes und deren Einfluß auf das Verhalten und die Entwicklung des Kindes sind in ein Bericht, das nach bestimmten, dem örtlichen Verhältnissen angepassten Gesichtspunkten anzulegen ist, einzutragen. c) Durch persönliche Einwirkung auf Eltern, Kinder und Arbeitgeber soll der Lehrer etwa entstandene Mängel zu beseitigen versuchen. d) Im Notfall hat er der Schulaufsichtsbehörde erhebliche Mängel anzudeuten und dieselbe um schleunige Abhilfe zu bitten. e) Kinder und Eltern sind bei geeigneten Gelegenheiten auf die Forderungen und die Wohlthaten des Gesetzes hinzuweisen. f) Ein gründliches Studium des Gesetzes ist notwendig.
2. Die Aufgaben der Schulaufsichtsbehörde, welcher im Gesetz ein direktes Recht an der Durchführung gewährt wird, fallen mit denen der Lehrer zusammen. Sie hat das Recht und die Aufgabe, Stundtaten über etwaige Ausnahmefälle nachzugehen und an Anträge auf Entziehung oder Einschränkung der gesundheitlichen Tätigkeit eines Kindes zu stellen, falls sich erhebliche Mängel zeigen. Wenn die Schulaufsichtsbehörde diese Pflicht im Sinne des Gesetzes erfüllen, so erwachsen ihr folgende Aufgaben: a) Sie hat Anordnung zu treffen zur Anlegung und Führung der in II b geforderten Akten und b) Anweisungen an die Schulleiter oder Lehrern zu erlassen, geeignetes Lehrmittel-Material zur Beilegung von Mängeln und zum weiteren Ausbau des Gesetzes an die Schulaufsichtsbehörde und wenn nötig, an die Ortspolizeibehörde einzureichen. c) Sie soll ev. Gutachten und Anträge möglichst nur nach vorheriger Anhörung des zuständigen Lehrers abgeben und mit der Ortspolizeibehörde und der Armenverwaltung Vereinbarungen treffen, die Lehrer bei Erfüllung der genannten Aufgaben hinreichend zu unterstützen.

Die Unterlegung der Schule bei der Ausführung der Bestimmungen des Rinderbischmuggelgesetzes ist nur zu begrüßen, und wir erwünschen unsere Lehrer, den Lehrern, so weit es möglich ist, dabei behilflich zu sein.

Nachmal die Steuerermäßigung.

Das föderale Finanzministerium wird in der Bürgerschaft mit Randglossen aufgenommen, die Herr v. Solly nicht wie angenehm Kritik üben würden, bedame er sie nämlich zu hören. Man ist erkrankt über die Beratung an sie, zumal diese letztere Eröffnung in Deutschland dem Steuerzahler nicht oft begegnet. Aber es zeigen die mannigfaltigen Bedenken aus wegen der mit neuerer durchgedachten Kanalgebühren-Erhöhung. Nicht wenige Stimmen und sie finden sich erklärtermaßen gerade in Arbeiterkreisen — erklären die ganze Aktion für einen Wahnwitz, der auf die im Verfall stehenden Städtischen Steuererlöse „günstig“ einwirken soll. Jedenfalls wird Herr v. Solly den Stadtverordneten gründlich Rede und Antwort stehen müssen.

Eine die Steuerermäßigung festsetzende Vorlage soll in aller nächster Zeit den Stadtverordneten zugehen. Rund 60 000 Mt. haben alsdann in diesem Jahre die Steuerzahler weniger aufzubringen. Zwei Prozent der Einkommensteuer machen 34 000 Mt., drei Prozent der Realsteuer 25 500 Mt., zusammen rund 60 000 Mt.

Der Zoologische Garten und die Laubharzfliegen.

Unter den Establishments, die vor allem die Laubharzfliegen unangenehm empfinden, befindet sich der Zoologische Garten. Er hat darüber eine kleine Rechnung aufgemacht, und stellt sich darnach das Verhältnis folgendermaßen: Vom 8. Mai bis Ende September 1903 wurden an 65 Konserztage 49 807 Karten für Ermäßigung ausgegeben, in dem gleichen Zeitraum (am 8. Mai 1904 begann für den Zoologischen Garten die Billeterie) des Jahres 1904 entfielen auf 66 Konserztage nur 32 286 Besucher. Das ist ein Unterschied von 11 544 Personen. Aus diesen Konserzten 1903 kamen in Durchschnitt 768 Besucher weniger, und dabei ist noch in Betracht zu ziehen daß in der Konserztage des letzten Jahres die Linsen-Ausstellung fiel, die eine große Attraktion bedeutete.

Darum antwortet nun der Generalinspektor im Auftrage des Magistrats: Die neue Laubharzfliegen-Verfasser betreffend enthält sich von dem laufenden Beschäftigungsjahr, sondern ist demnach am 1. April 1903 eingeführt worden, und zwar damals in einer für den Zoologischen Garten und die Aktionäre im Abkommen

deselben unannehmer Form. Trotzdem hat noch eigenen Angaben der Direktion in diesem ersten Jahre der neuen Ordnung die Besucherzahl nicht nur nicht abgenommen sondern sogar eine Steigerung um ca. 18 000 erfahren. Auch hätte, wenn die Steuer in der Tat Schuld an dem besagten Rückgang trüge, ein solcher nicht nur im Zoologischen Garten sondern auch in ähnlichen Konzerten festzustellen werden müssen. Gerade das Gegenteil ist aber bei diesem der Fall. Demnach ist der Beschäftigung der Zahl der abgesehenen Konserztagestätten von 21 642 im Jahre 1903 auf 32 088 im Jahre 1904, und in Bad Mittelfeld in derselben Zeit von 36 460 auf 46 380 Stück gestiegen. Es muß daher für den Rückgang des Besuchs des Zoologischen Garten eine andere Erklärung gesucht werden. Ob dieser in dem für manche Establishments schon jährlieh gemordenen Verluste des Reizes der Neugier, in der seit 1904 eingetretenen Erhöhung des Konserztagespreises um 0.50 auf 0.80 Mt. oder auch in anderen Umständen zu finden ist, soll dahin gestellt bleiben. Die Steuer aber als den ostendenden Sündenbock zu bezeichnen, dürfte gegenüber obigen Tatsachen ebenso wenig sein, als die Befragung, daß die Erhöhung eines einzigen Konzertes für die Billeterie den Besuchen von sechs Stunden in Konstanz nehme. — Nebenfalls wird die Direktion des Zoologischen Gartens die Antwort nicht schuldig bleiben. Die ganze Laubharzfliegen-Verfasser ist weiter nicht wie eine überflüssige Beschäftigung des Publikums und trifft infolge ihrer recht wenig praktischen Abführung gerade die minderbemittelten Klassen der hiesigen Bevölkerung am härtesten.

Die Tagelöhner

wollen in eine Vohabewegung einverten. Nach einem Referat ihres Kollegen Engel nahmen sie am Freitag in einer öffentlichen Versammlung folgende Resolution an: Die Versammlung erucht die Orts-Verwaltung des Tagelöhner-Verbandes, jenes Abfüllung eines korporativen Arbeits-Vertrages mit den hiesigen Arbeitgebern die erforderlichen Vorarbeiten schlüssig in Angriff zu nehmen. Die Verammelten betreiben aber auch, voll und ganz die aus den Verhandlungen entspringenden Konsequenzen zu ziehen und sich den Bedürfnissen der Organisation unabweislich zu fügen. Eine Kommission, die die Ausführung des Vertrages vorzunehmen hat, wurde sofort gewählt.

Nach amtlichen Bekanntmachungen.

Die Verwaltung von Birkarwerk ist am Hofe der Mittelklasse an der Lortzstraße im Wege der Wettbewerbu verbergen worden. Angebote sind bis Mittwoch, den 1. März, vormittags 10 Uhr im Sekretariat, Zimmer Nr. 28 des Wagensgebäudes, einzureichen, wobei die Bedingungen und Zeichnungen ausliegen, auch die Bedingungen anzunehmen und zu bezeichnen können.

Der Genossenschaftsausschuss wurde gestern vormittag von den Mitgliedern der Genossenschafts-Druckerei beauftragt. Sie waren in ungefähre Zahl von 50 erschienen. Die Geschäftsleitung hatte, um ihren Mitgliedern ein Bild von der Betriebsart der Genossenschaft und ebenso der Rotationsmaschine zu geben, diese Maschinen in Tätigkeit gesetzt. Da auch am Leipzig der Verein der Maschinenleger eingetroffen war, um sich das hier in Betrieb befindliche System der Genossenschaft anzusehen, waren die Räume des Neubaus am ganzen Vormittag mit Besuchslustigen gefüllt. Durchgehend sprach man sich sehr beherzt und anerkennend über die jetzigen Geschäftserfolge des Volksblattes aus.

Wegen Diebstahls von Friedhofblumen nahm man am Freitag abend auf dem Südringhof einen Mann fest, der sich weigerte, nachzugeben, und angab, in Gärten ein Blumenversteckung zu besitzen. Ob diese Angaben von Wahrheit her, bleibt abzuwarten. Jedenfalls wäre es ein neuer Geschäftsmobus, ein Blumenversteckung zu unterhalten. Auf dem Südringhof werden wiederholt Blumen gestohlen worden, so daß der Friedhofinspektor Mieschitz und die Arbeiter sich auf die Lauer legen. Das Resultat war die Befragung des Delinquenten.

Neue Erfindungen. Wochenbericht vom Valentinstag von Pipp u. Bittner, Hamburg, Glanzgegenstand Nr. 1 über: Gebrauchsmuster-Eintragungen: Briefordner mit in der Mitte durch Schräglinien geteilt, ein Säckchen, dessen Ende aus dem Sackchen herabfällt; A. Dresden, Verleger: Reichsdruckerei; Albert W. H., Halle, Verleger: Kaiserliche Postamt, G. W. H., Halle, Verleger: Bureau, erteilt unter Verlangung, ein Blumenversteckung zu unterhalten. Auf dem Südringhof werden wiederholt Blumen gestohlen worden, so daß der Friedhofinspektor Mieschitz und die Arbeiter sich auf die Lauer legen. Das Resultat war die Befragung des Delinquenten.

Zoologischer Garten.

Anfang voriger Woche hatte der eine der größten Mangelierer in der Raubvogelzucht auf ein nur notwendig erscheidendes Recht ein Akt gelegt und sich auch gleich daran gemacht, es zu bekräften. Am Freitag fanden sich nur noch einige Schalenreste, von denen man nicht recht weiß, wie sie zu stunde kamen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß das erfrigte Tier selber sich noch rechtzeitig der ungelegneten Forderung bemußt geworden ist, deshalb das Briten aufzugeben hat. Denn zu den Schalen, die direkt im Winter nisten, wie unter dem Regenbogen, gehört der Schmetterling nicht. Der genannte Finkenrotter hat im Herbst Winter, das Netz voll Junge, er findet eben zu dieser Zeit für seine langweilige Nachkommenschaft am leichtesten Nahrung, da die Gassen der Rabelträger den reifen Samen nicht mehr fest zu klammern. Von den Tieren unseres Gartens schaffen mit der Erhaltung nur noch die Gänse und die australischen Strauße, die Ernt, ist zeitig an. Bei dem Raub ist bekanntlich der Fall bereits im Februar, das erste Ei erscheint erst im Juni. Leider ist unser männlicher Strauß seiner Befähigung, deren Eier er zwei Jahre hindurch erfolgreich befruchtet hatte, beraubt. Bereits im Herbst gingen einige Federn des Tieres ab, was zu werden, dies nahm zu, und nach Bekundung stellen sich auch andere Finkenversteckungen ein. Wie die Sektion ergab, ist das Tier einer langdauernden Darm- und Brustfunktionsstörung erlegen. Als Verursacher dieser Krankheit müssen wieder einmal einige unartige Besucher benannt werden, da der Dünndarm von zwei Zigarrenzöpfen durchbohrt war, die vermutlich der Tier mitnahm der brennenden Zigaretten hingehalten wurden.

20 Jahre wohnt in dem Hause Nr. 19, welches von den Gemeindefürsorgen verwaltet wird, die Witwe Emilie Günther — in unserer materialistischen Zeit, wo das gute Einvernehmen zwischen Hauswart und Mieter sich häufig nur nach der Höhe der zu zahlenden Miete und der Zahl der Kinder des Mieters richtet, immerhin eine Seltenheit.

Was dem Bureau des Stadt-Theaters, Glorndorf, Oder-Seeufer, am Morgen, Dienstag, um 1. Male wiederholt. Am Donnerstag ist die erste Vorstellung der Oper „Die Hugenoten“ im Theater gegeben. Das Stück ist ein schillerndes Beispiel für die Darstellung der Oper. Die erste Aufführung der Oper „Die Hugenoten“ im Theater ist ein schillerndes Beispiel für die Darstellung der Oper. Die erste Aufführung der Oper „Die Hugenoten“ im Theater ist ein schillerndes Beispiel für die Darstellung der Oper.

